

Prinz Eduard wünscht Aufklärung über die Volksparteiversammlung vom 9.5.1920 in Vaduz

Maschinenschriftliches Schreiben der liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien,
gez. Prinz Eduard, an Regierungssekretär Josef Ospelt („vertraulich“ und
„persönlich“) [1]

11.5.1920, Wien

Gestern abends langte folgendes Telegramm ein: „Liechtensteinische
Gesandtschaft, Wien. Zur Kenntnis mehr 1- 1000 Mann Ober und Unterländer
protestierten gestern gegen die Berufung irgend eines Ausländers an die Regierung.
Nur eine Regierung aus Landesbürgern wird anerkannt und nicht Dr. [Josef] Peer.
Bitte dies Landesfürst [Johann II.] vorbehaltlos zur Kenntnis zu bringen. Dr.
[Wilhelm] Beck.“

Ich ersuche zunächst den genauen Wortlaut des Telegrammes [2] bei dem
Aufgabepostamt in Vaduz, jedoch ohne Wissen Dr. Beck's, festzustellen; der Eingang
dürfte verstümmelt sein und ist der Wortlaut zur Beurteilung des Tones
wünschenswert. Weiters bitte ich, sofern nicht schon mit dem dort heute
abgehenden Kurier ein schriftlicher Bericht abgegangen ist, um drahtliche
Aufklärung über den Sachverhalt; wo fand die Versammlung statt, ist die Zahl von
1000 Mann tatsächlich richtig und waren dies lauter Wähler? Bei diesem Anlasse
wolle auch berichtet werden, wie viele Wahlberechtigte überhaupt bestehen da
diesbezüglich hier verschiedene Ziffern angegeben [3] werden.

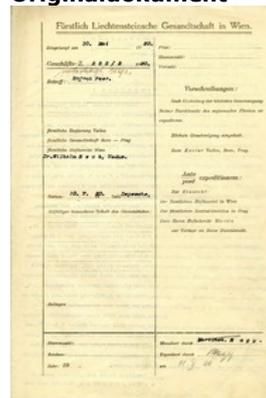
Weiters bitte ich um einen genauen *schriftlichen* Bericht mit dem nächsten Kurier
über Ihre Auffassung der Situation. [4] Dr. Peer hat seinen Urlaub für den 1. Juni
bereits bewilligt und soll sein Ernennungsdekret dieser Tage anlässlich der
Durchreise des Prinzen Karl erhalten. Was ist seitens der Volkspartei gegen ihn zu
erwarten, wenn er tatsächlich das Amt antritt und was für ein Schutz wird ihm
seitens der ihm freundlich gesinnten Bürgerschaft zuteil werden können? Diese
Fragen müssen in ernste Erwägung gezogen werden, wenn ich auch persönlich,
ebenso wie Dr. Peer selbst, noch immer glaube, dass die tatsächliche Ernennung
schliesslich hingenommen werden wird. [5] Während aber früher nach dem
Zollverträge mit Österreich doch immerhin gewisse Organe zur Aufrechterhaltung
der öffentlichen Ordnung der Regierung zu Gebote standen, fehlen diese heute
gänzlich. Ich bitte Sie um eine *vertrauliche* Mitteilung, in welcher Art die fürstl.
Regierung [6] sich ev. notwendig werdende Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung
der Ordnung vorstellt und was für Schritte diesbezüglich dortseits in Aussicht
genommen sind. Jedenfalls scheint es mir geboten, sich darüber genau schlüssig zu
werden, wie man Peers Position im Lande sichert.

Ich benütze diesen Anlass, um neuerlich die Bitte zu stellen, über ähnliche
bedeutende Vorkommnisse, wie nach dem Telegramm Beck's zu schliessen, die
letzte Versammlung eines vorstellte, sofort telegrafisch anher zu berichten. [7]

Nachtrag:

Anlässlich der Vorlage des vorstehenden Schreibens an Seine Durchlaucht den
Fürsten machte dieser davon Mitteilung, nachfolgendes Telegramm ebenfalls
gestern abends erhalten zu haben:

Originaldokument



Im Text erwähnte Personen

Beck Wilhelm, Dr. iur., Landtagsabg.,
Regierungsrat, Rechtsanwalt,
Treuhänder, Liechtenstein Eduard von,
Prinz, Dr. iur., Diplomat, Gesandter in
Wien, Liechtenstein Johann II. (Maria
Franz Placidus) von, reg. Fürst, Mäzen,
Liechtenstein Karl von, Prinz,
Landesverweser, österr.
Verwaltungsbeamter, Offizier, Ospelt
Josef, Regierungschef,
Landtagsabgeordneter, Peer Josef, Dr.
iur., Rechtsanwalt, Politiker, provis.
Regierungschef, Walser [-Kirchthaler]
Anton, Landtagsabgeordneter,
Geschäftsmann

Im Text erwähnte Körperschaften

Christlich- soziale Volkspartei (VP),
Fürstlich Liechtensteinische
Gesandtschaft in Wien

Themen

Landesverweserfrage, Parteien,
Verfassungsrevision

„Eine gut 1000 Bürger aus Ober- und Unterland starke Volksversammlung am 9. Mai in Vaduz erklärte sich einverstanden mit unseren Entschliessungen von Triesen, Vaduz, Triesenberg und Balzers [8] und protestiert ebenfalls gegen die Besetzung (2 Worte verstümmelt) [9] durch einen Ausländer. Eine Regierung aus Bürger[n] wird gewünscht und nur einer solchen Regierung können wir Vertrauen entgegenbringen. Ergebenster [Anton] Walser-Kirchthaler, Obmann der Volkspartei.“

Auch hier wäre der Wortlaut festzustellen [10] und überhaupt zu konstatieren, aus welchem Grunde die in Vaduz aufgegebenen Telegramme fast immer verstümmelt ankommen. Aus dem Telegramm ergibt sich, dass die Abweisung des ersten Protestes der Volkspartei und der Hinweis auf den verfassungsmässigen Petitionsweg in keiner Weise Beachtung gefunden hat. [11] Es dürfte dies wohl darauf zurückzuführen sein, dass die Kundmachung [12] nur im Inseratenteil erfolgte und meines Wissens nicht einmal im Volksblatt entsprechend beleuchtet oder betont wurde. Es scheint mir doch opportun und der Würde des Landesherrn entsprechender, wenn derartige Kundmachungen Höchstdesselben in einer würdigeren Form in der Zeitung publiziert werden, als in der, sonst in Liechtenstein allerdings usuellen Form einer Kundmachung im Inseratenteil.

[1] LI LA V 003/1192 (Aktenzeichen 383/2). Im Gefolge der Grossveranstaltung der Christlich-sozialen Volkspartei vom 9.5.1920 in Vaduz waren von Parteiobmann Anton Walser-Kirchthaler bzw. Wilhelm Beck 3 Telegramme nach Wien gesandt worden – an Fürst Johann II., an die liechtensteinische Gesandtschaft und an Josef Peer (Abschriften der Telegramme vom 10.5.1920 in LI LA V 003/1229). Zur Berichterstattung über die - gegen die etwaige Bestellung des österreichischen Juristen Josef Peer zum liechtensteinischen Landesverweser gerichtete - Veranstaltung siehe O.N., Nr. 38, 12.5.1920, S. 1-2 („Die grosse Volksdemonstration vom 9. Mai 1920 in Vaduz, ein historischer Tag“) und L.Vo., Nr. 38, 12.5.1920, S. 2 („Die Maidemonstration der Volkspartei“).

[2] Vgl. die Telegrammabschrift in LI LA V 003/1229. Dieser zufolge lautete das Telegramm von Wilhelm Beck an die liechtensteinische Gesandtschaft in Wien wie folgt: „Zur Kenntnis. Mehr als 1000 Mann Ober- und Unterländer protestierten gestern gegen die Berufung irgend eines Ausländers an die Regierung. Nur eine Regierung aus Landesbürgern wird anerkannt und nicht Dr. Peer. Bitte dies Landesfürst vorbehaltlos zur Kenntnis zu bringen.“

[3] Das Wort „bekannt“ ist durchgestrichen und handschriftlich durch das Wort „angegeben“ ersetzt.

[4] Vgl. den Bericht von Regierungssekretär Josef Ospelt an Prinz Eduard bzw. die liechtensteinische Gesandtschaft in Wien vom 11.5.1920 (LI LA V 003/1193 (Aktenzeichen 393/1)).

[5] Mit Bleistift durchgestrichen: „wenn ich auch persönlich, ebenso wie Dr. Peer selbst, noch immer glaube dass die tatsächliche Ernennung schliesslich hingenommen wird.“ Handschriftlich hinzugefügt: „Berufung Peers“. Ferner unleserliche Randbemerkung.

[6] Durchgestrichen: "und der Landtag".

[7] An den Rand dieses Absatzes wurde mit Bleistift ein Fragezeichen gesetzt.

[8] Vgl. die Triesner Protestresolution der Anhänger der Christlich-sozialen Volkspartei vom 18.4.1920 (LI LA SF 01/1920/072) sowie die Entschliessung der in

Vaduz, Triesenberg und Balzers versammelten Parteigänger vom 25.4.1920 (LI LA SF 01/1920/072).

[9] Die verstümmelten Worte im betreffenden Telegramm lauteten: „der Regierung“. Vgl. die Abschrift des Telegrammes von Anton Walser-Kirchthaler an Fürst Johann II. vom 10.5.1920 in LI LA V 003/1229. Vgl. ferner die Telegrammabschrift in LI LA SF 01/1920/082.

[10] Vgl. das „streng vertrauliche“ Auskunftersuchen des "Landesverwesers" an das Postamt in Vaduz vom 14.5.1920 (LI LA SF 01/1920/084).

[11] Fürst Johann II. hatte die Eingaben der Volkspartei in der Peerfrage unter Bezugnahme auf § 27 der Verfassung vom 26.9.1862 als verfassungswidrig abgelehnt und auf die Möglichkeit einer Petition im Sinne der §§ 20 und 42 der Verfassung hingewiesen (Schreiben der liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien an Landesverweser Prinz Karl vom 27.4.1920 (LI LA SF 01/1920/074)).

[12] Vgl. O.N., Nr. 35, 1.5.1920, S. 4 („Kundmachung“) und L.Vo., Nr. 35, 1.5.1920, S. 4 („Kundmachung“).